

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Salte a. S., Gr. Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407

Redaktion:
Salte a. S., Gr. Ulrichstraße 17
Fernsprecher 6802

Nr. 199

Preis: 175 Mk. bei Hans. Bei
Abholung 160 Mk. Bei den Postämtern einschließlich
525 Mk. ohne Postgeb. Einzelnummer 15 Blätter

Salte, Montag, den 1. September 1919

3. Jahrgang
Preis: 175 Mk. bei Hans. Bei
Abholung 160 Mk. Bei den Postämtern einschließlich
525 Mk. ohne Postgeb. Einzelnummer 15 Blätter

Nicht scheitern, sondern begreifen.

Salte, 1. September.
Ist schon zu normalen Zeiten die Meinung des Deutschen zum Jählingern beträchtlich gewesen, selbst wenn keine genügende Ursache dafür vorhanden war, so ist jetzt diese anmutige Beschäftigung zur Epidemie geworden. Ueber alles und jedes wird geschrien, sobald der stille Zuschauer sich verwundert fragen möchte, wie es beim Vorgangens so vieler kluger und unterrichteter Menschen — denn jeder Mensch ererbt sich selbstverständliche Klug, und er ist auch gründlich unterrichtet — alles so verkehrt gemacht werden kann. Am nachfolgenden wird geschimpft auf die Regierung und auf die Arbeiter. Das Scheitern auf die Regierung gehört zu den unverständlichen Staatsbürgerechten und da in der Zeit dieses, was geschieht oder nicht geschieht, schärfsten Tadel herausfordert, soll dieser Mißstand für unverständliche Stimmungen niemandem vorenthalten werden. Anders liegt es mit dem Scheitern auf die Arbeiter, worin gemeinlich die am stärksten sind, die ihr Verbot lang am erfolgreichsten verstanden haben angelegener Arbeit aus dem Wege zu gehen. Wie immer: Wovon man am wenigsten versteht, darüber spricht man am häufigsten.

Wir sind die letzten, die alles billigen möchten, was seit der Revolution von größeren oder kleineren Teilen der Arbeiterklasse unternommen worden ist. So schmerzhaft es uns ankommt, so werden wir uns nie der Verantwortung entziehen, gegen Anforderungen und Beiträge beizutreten verbreitet hat, aber letzten Endes zum mindesten für sie selbst und für das ganze Volk ausfinden müssen. Diese notwendige Kritik hat jedoch nichts zu tun mit den gewöhnlichsmöglichen Schimpereien auf die Arbeiter, denen man zur Zeit auf Schritt und Tritt begegnet. Namentlich drei Punkte sind es, die den Anlaß zu den abfälligen Urteilen über die Arbeiter bieten: ihre Lohnforderungen, ihre Unlust zur Arbeit und ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen Verhältnissen.

Wer vor dem Kriege Gelegenheit hatte, Tätigkeit und Aussehen von deutschen Arbeitern mit dem ihrer proletarischen Brüder im Ausland zu vergleichen, wird sich gewarnt gefühlt haben anzuerkennen, daß die deutschen Arbeiter in Fleiß, Unerschrockenheit, Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit keine Vergleich mit den Arbeitern der anderen Länder besaßen ausstellen, ja daß im Gesamturteil der deutsche Arbeiter an Bildung und beruflicher Tüchtigkeit vorzuziehen. Dieses Urteil haben auch ausländische Industrielle gefällt. Die Schulung der deutschen Arbeiter durch die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften hatte diesen verworrenen Erfolg gezeitigt. Wenn die fast sprachlose Klage des deutschen Arbeiters und seine gemeinschaftliche Angelegenheit in unseren Tagen nicht mehr im gleichen Umfange bemerkbar ist, so kann die Veränderung nur die Folge der dazwischen liegenden Ereignisse sein. Diese sind es, denen der Wandel in Stimmung und Gesinnung zuzuschreiben ist. Das wird von vielen anerkannt gelassen.

Jeder Krieg hat demoralisierend gewirkt. Und gar die der Krieg, in dem die Vernichtungsmittel und die Methoden der Kriegführung zu Wasser wie zu Lande alle früheren Greuel wolkend übertrafen! Und wie viele Jahre lang! Vier Jahre lang Tod, Vernichtung, Verderben, Elend und Jammer, schmutzige Greuel beobachtet, Ungerechtigkeiten aller Art erleben müssen, durch die militärische Aunne verhindert sein, seine elementarsten Rechte guszuhören, gegen den eigenen Tod so gleichgültig zu werden, wie gegen den Tod anderer — das muß auch das festeste moralische Gefüge erschüttern, wenn nicht zerstören. Und dann das Ende des Krieges! Aus einer fast schrankenlosen Siegesfreudigkeit in die demütigendste Niederlage geführt; zu Hause Jammer und Elend, Hunger und Hunger! Mühte nicht die Bewältigung der seelischen Depressionen, die sich daraus ergeben, über die Zukunft zu entscheiden? Das Vertrauen zur Welt, zur Regierung, zu Recht und Gesetz war verloren! Konnte aus alledem ein anderer Defizit entstehen als ein verzweifelter und verzweifelter pessimismus? Und der ist's, nur er ist's, der in den krankehaften Zuständen der letzten Monate zum Ausdruck gelangt, der jedem politischen Marxisten und Quadafaler Inlaut sicher und der zur Zeit Hunderttausende braver und tüchtigen denkender Arbeiter in einen seelischen Zustand versetzt hat, der in ihrem eigenen Interesse aus lebhafteste zu wachen ist, der sie vorübergehend unfähig macht, ihre eigenen Interessen zu erkennen und ihnen nachzugehen. Sie werden nicht mehr in der Lage sein, sich selbst zu entscheiden, was ihnen am besten ist, sondern werden sich dementsprechend bekämpfen müssen, sondern den Mann begreifen muß. Der Zustand wird nicht von Dauer

sein. Das früher wird weichen. Namentlich unter den aktiveren Arbeitern, soweit sie von dem Gefangenschaftsprozeß befallen worden waren, ist die Gegenmeinung des ruhig abwägenden Urteils unverwundbar in der Entwicklung begriffen. Verlangt man und beinträchtigt wird der Prozeß durch die sehr zahlreichen Neulinge im politischen Leben, die sich als Arbeiter bis zur Revolution um keine Partei und keine Gewerkschaft gekümmert haben und nun, wo es ungefährlich ist, in revolutionären Phrasen schwelgen, was bekanntlich wesentlich leichter ist als die politische und gewerkschaftliche Arbeit zu leisten. Frühere Gelbe und Indifferenten gehören jetzt mit zu den lautesten Schreier, die von einem Streit zum anderen gehen. Auch sie sind das Produkt ihrer Verhältnisse; auch sie müssen wir begreifen. Aber die alten, erfahrenen Arbeiter sollten doch ruhig werden über die plötzliche Kameradschaft solcher Persönlichkeiten.

Die Verhältnisse werden wieder gefunden und die Gemüter ebenfalls. Unfreie Arbeiter haben das Wort beibehalten: „Seht euch eure Führer an!“ nur auf die alte sozialdemokratische Partei angewendet und dabei auch noch farbige Beilein aufgeführt, sodaß sie ein falsches Bild gemalt. Es wird die Zeit bald genug kommen, daß die Arbeiter sich einmal ihre eigenen Führer, Vertreter und Bevormunder ansehen. Dann werden ihnen die Augen aufgehen, und sie werden begreifen sein. Dann werden auch sie begreifen, was sie bisher nicht begriffen haben.

Was und wieviel einzelne Arbeitergruppen jetzt auch an Gesellschaftsformen Deutschlands freizumachen, hundertmal mehr vom alten System ist an den Arbeitern gefordert worden. Was wir jetzt erleben müssen und was uns allen in große Sorge bereitet, ist lediglich der Mißstand für unsere Verhältnisse an der Arbeiterklasse. Das sollte man verstehen lernen. Darum: nicht scheitern, sondern begreifen.

Geistige Abstrükung.

Wir stehen an der Schwelle einer Zeit, von der wir hoffen, daß sie frei von Völkervertrag und Völkervertrag ist. Hand in Hand mit der militärischen Abstrükung muß die Erneuerung des Geistes gehen. Durch den Friedensvertrag wird die geistige Abstrükung gesamtgesellschaftlich betrachtet, als das erste Volk freiwillig an die geistige Verbrüderung des Militarismus zu gehen. Bei der Schule muß der Anfang gemacht werden.

Im alten Deutschland waren die Schulstunden angefüllt mit Unterrichtsstoff der hinaus, auf eine „vaterländische“ Erziehung des Geistes der Schuljugend. Die Geschichtsbücher waren in der Hauptsache der Verherrlichung blutiger Siege des Militarismus gewidmet. Dazu gesellte sich eine große Zahl mehr oder weniger geistreiche Häßlinge auf den „Erbsünden“. Der Tag von Sedan war neben dem 27. Januar der höchste Feiertag in der Schule. Kurzum, man ließ kein Mittel unversucht in die jungen Seelen den Hochachtung der Heldentaten und die Fortbildungsschule mit ihren militärischen Lehren ist für längere und die Militärische Erziehung der „vaterländische“ Erziehung.

Diese verkehrte Erziehung unserer Jugend ist nicht ohne schwere Folgen geblieben. Im Verein mit demselben Erziehung, „mehobend“ des Auslandes, vor allem Frankreichs, wurden durch sie die Vorbereitungen für den Krieg geschaffen. Aufgabe der zuständigen Regierungsstellen ist es, mit aller Kraft daran zu gehen, dieses gefährliche Gift des Falles aus unserm Volkstörper zu entfernen. Die Schule darf nicht mehr ein Werkzeug des Militarismus, eine Zuchtstätte des Völkervertrages sein. An die Stelle des sogenannten „vaterländischen“ hat ein objektiver Geschichtsunterricht zu treten, der nicht mehr den Krieg als ein „Etabli“ zur Erneuerung des Volkes“ und blutige Siege, die dem Volke Ruhm und Ehre gebracht haben, als ein Maßstab der Geschichte feiert. All die grausamen Opfer die der Krieg jedem Volke auferlegt, sind der Jugend mit aller Deutlichkeit vor Augen zu führen, damit sie erkennt, daß nur ein richtiges Zusammenleben der Völker die kulturellen Güter, das Glück, und den Wohlstand der Menschheit mehrt.

Genosse Heine hat in seiner Eigenschaft als preussischer Minister des Innern den ihm unterstellten Behörden verboten, am kommenden Sedantage zu flagen. Die reaktionäre Presse ist darüber natürlich sehr erobert und hat selbst etwas von „Schmach und Schande“, von „nationalen Ehre“ und „Jubeltagen“ und vom „jämmerlichen Geiste“ der gegenwärtigen Regierung her mit ihren internationalen Anschauungen in den Tod zuwerfen. Das ist die Erinnerung an Preußen-Deutschlands Größe fördern könnte.“ Wir sind mit diesem „jämmerlichen Geiste“ der Regierung sehr zufrieden und hoffen, daß es ihr endlich gelingen wird, den systematisch im Volke großgezogenen Größenwahn von Preußen-Deutschlands Machtstellung auszuröten.

Nicht die waffenstärkende Gewalt, nicht die gepanzerte Faust, sondern der Geist der Veröhnung, die Macht der Liebe wird uns wieder aufzurichten. Das neue Deutschland soll ein Hort des Friedens werden und sich damit die Achtung und Stellung in der Welt erobern, die uns die alten Mächte der Preußen-Deutschlands durch ihre Gewaltthaten verweigert haben. Dieses Ziel werden wir erreichen, wenn wir mit Energie daran gehen, den ganzen vaterländischen Pöbel über Bord zu werfen, wenn wir gelovend neben der militärischen die geistige Abstrükung betreiben.

Der erste Gefangenentransport aus Frankreich unterwegs.

Berlin, 1. September. Der „Volks-Anz.“ meldet: Der erste Transport von 1000 deutschen Kriegsgefangenen hat vorgestern Frankreich verlassen.

Senator Anog über den Frieden.

Aus Washington wird gemeldet: Senator Anog erklärte im Senat, die Vereinigten Staaten sollten es ablehnen, den Versailles Friedensvertrag zu unterzeichnen und sollten einen Sonderfrieden mit Deutschland schließen. Durch seine harten und grausamen Bedingungen lege der Friedensvertrag Deutschland Strafen auf, die die internationalen Gesetze verletzen. Der Friedenszustand trete ja doch ein, sobald drei Großmächte den Frieden ratifiziert hätten. Die Vereinigten Staaten sollten ihren eigenen Frieden schließen. Anog fuhr fort: Ich bin der Ansicht, wir sollten gegenüber Deutschland auf jegliche aus dem Krieg entstandene Entschädigungen ganz verzichten und dafür sorgen, daß Deutschland kein neues Kredit erhält. Wir sollten auch jegliche Teilnahme oder Mitgliedschaft bei den Kommissionen, Gemern und Ausschüssen, die vom Friedensvertrag vorgezogen sind, ablehnen. Präsident Wilson habe im Jahre 1917 erklärt, das Kriegsziel der Vereinigten Staaten sei, die autokratische Macht zu stürzen und das deutsche Volk in die Lage zu versetzen, selbst über sein Schicksal zu bestimmen. Dieses einzige Kriegsziel der Vereinigten Staaten sei bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes erreicht worden. Die Vereinigten Staaten müßten aus dem Krieg gehen, wie sie in den Krieg gezogen seien, frei, unabhängig und ohne jedes Schicksal. Anog hob die notwendigen Dienste hervor, die die amerikanischen Unterthanen deutscher Abhängigkeit den Vereinigten Staaten geleistet haben. Sie seien froh in den Kampf gezogen in der Überzeugung, daß es letzten Endes zum Besten ihrer deutschen Wutsverwandten sei. Statt dessen seien Friedensbedingungen auferlegt worden, die das deutsche Volk nie erfüllen könne. Unter Bezugnahme auf den Ausblick Russlands aus der Friedensregelung erklärte Anog: Glauben Sie denn, daß Deutschland, das unter den Bedingungen dieses Friedens leidet und schwankt, sich einfach mit der Gnadenspenden begnügen wird, die wir ihm als Armen vom Tisch des Sieges gemessen? Darf's sich nicht ebensowenig aufheben, einen Plan zu schmieden, um seine frühere hohe Stellung wieder zu erlangen wie Salon, der in die Tiefe der Erde geschleudert wurde. Ob Deutschland im Völkervertrag ist, wenn dieser zustande kommt, oder außerhalb des Bundes, deutsche Agenten werden trotzdem im geheimen und im offenen mit den früheren Verbündeten Deutschlands und mit dem unerbittlichen Japan und Rußland zusammenwirken. Wenn Deutschland darin Erfolge hat, muß Europa zugrunde gehen.

Oesterreich.

Der Oberste Rat der Alliierten hat beschlossen, in den Friedensverträgen eine Klausel einzufügen, nach der die Vereinigten Staaten nicht ohne Einwilligung des Völkervertrages mit Deutschland vereinigen darf. Im Fall eines Konfliktes zwischen Oesterreich und anderen Staaten sind als Schlichter die Vermittler der Alliierten bis zur Gründung des Völkervertrages zu ernennen.

Durch Österreich mit Deutschland zu verbinden. Es wird eine Reichsregierung nach der Deutschen angefordert werden soll, Artikel 60 seiner Verfassung sollen zu lassen.

Stränge des Sozialismus.

Der jüngst aus Russland zurückgekehrte Genosse Prof. Schwanowitsch sprach in Berlin vor dem Funktionären des sozialdemokratischen Partei, den Betriebsobmannern und Arbeitervätern über den Sozialismus.

Nach seinen eigenen Erfahrungen sind die Zustände in Russland jetzt noch weit schlimmer, als sie im Zuge Obdwores, Briefe aus Sowjet-Russland" geschildert werden. Die Fabrikindustrie wird in heutigem Maße durch den Handwerker-Betrieb verdrängt, der meist mit den primitivsten Mitteln ausgeführt, strengen sie nicht zu tun haben, um seine Arbeitsstellen entstehen zu lassen. Die Vorbereitungen für eine Produktion wie Rohre und Eisen stellen, das als Uralt- und Dongebiet lag in den Händen der Feinde befindet. Das Verkehrswesen liegt völlig banieret und die Landwirtschaft wird durch die Bauern planmäßig sabotiert, denn diese bauen nicht mehr die für sie ihren eigenen Lebensunterhalt und zur Aufrechterhaltung des Schlafschlafens benötigen, um so die Sozialisierungsabsichten der Regierung einzubäumen. Der Staatshaushalt weist ein Defizit von 30 Milliarden auf. Produktion und Konsumtion können naturgemäß nicht sozialisiert werden, weil keine Produktion vorhanden ist. Der Schlafschlafend läßt in Russland wie in keinem anderen Lande. Zu enormen Preisen ist alles zu haben. Der Genossenschaft ist sich der Spekulant mit dem öffentlichen Funktionär. Die Bourgeoisie hat bis zur Unkenntlichkeit brangalieret. Aber auch gegen die Arbeiterklasse geht man mit Maschinen gemessen vor, so daß sie verurteilt, sich gegen die Diktatur anzulehnen. So wurde vor gar nicht langer Zeit ein Protest-Meeting der Arbeiter der Moskauer Alexanderstraße durch Wachregimente auseinandergetrieben, wobei es 80 Tote gab. Die Korruption innerhalb der Käteorganisation ist riesig. Das inländische Kapital bekämpft die Kommunisten bis aufs Blut, aber dem ausländischen machen sie Konzeptionen. Ein Rätesystem gibt es in Russland nicht. Wohl gibt es Käte, aber nicht als Organisation des Proletariats. Eine Wahl gibt es kaum, die Käte werden von oben eingesetzt. Die Wahlen zustande kommen, wird der Rat nur dort anerkannt, wenn er sich auf den Boden der Sowjet-Regierung stellt. Wir haben in Russland nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Partei — einer Arbeiterpartei. Das Proletariat kann nur diktieren, wenn es organisiert ist, das war aber das russische nie. Wohl gab es sozialistische Parteien, aber keine proletarischen Organisationen im mitteleuropäischen Sinne. Aber das russische Proletariat ist bereits zu der Erkenntnis gekommen, daß es unfähig ist, zu diktieren, darum ist es auch nicht kommunistisch. Jetzt hat die Kommunisten in Russland die Staatsgewalt in Händen haben, ist nur ein Zehntel des Proletariats in ihrer Partei organisiert. Von Versammlungen- und Reaktionenrecht kann absolut keine Rede sein. Alle diese Freiheiten gehören nur das „sozialistische“ Proletariat, dessen größter Teil die Käte-angehörigen sind. Sämtliche Sowjet-Beauftragte haben sich der kommunistischen Partei angegeschlossen oder abgewandt. Dadurch wird die Partei nicht sozialistisch durchdringt, das heißt, unterworfen durch. Gefährlicher als Schwand haben an den verantwortlichen Stellen. Unter diesen Umständen heißt nicht die Diktatur der Partei heraus zu einer Diktatur der Einmündlichen. Das hat wiederum zur Folge, das eine ungenügende Spionage- und Befähigungsmittel einsetzt, die geführt wird von der außerordentlichen Kommission. Diese Kommission verfaßt nicht nur Gesetze, der ihr „verpflichtet“ erscheint, sondern verurteilt ihn auch gleich, obwohl das nicht in ihren Befugnissen gehört. Willenshafte Hinrichtungen sind an der Tagesordnung. So graulich hat nicht einmal die Okzane geachtet. Aber ihre heroisierenden Vertreter findet man heute in dieser außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution. Diese Kampfesweise, verbunden mit dem Indulgentismus der Massen, schafft den günstigsten Boden für die monarchistische Reaktion.

In einem zweiten Vortrag hat Genosse Schwanowitsch nachgewiesen, daß der Sozialismus nicht anders sein kann wie er in Russland ist.

Gewalt oder Gesetz?

In der unabhängigen Agitation leidet immer die Behauptung wieder, die neue Verfassung der deutschen Republik sei eine Verankerung des kapitalistischen Systems, und die Sozialdemokratie, die an ihrem Kapitalbestanden mitwirkten, hätte Verstoß am Sozialismus begangen. Daran wird denn die Folgerung gezogen, daß die Erreichung der sozialistischen Ziele nur durch eine gewaltsame Beseitigung dieser Verfassung möglich sei. Solche Behauptungen können nur von Deuten angefaßt werden, die die Verfassung nicht gelesen haben.

Daß die Verfassung den politischen Forderungen der Demokratie fast restlos gerecht wird, können auch die Unabhängigen nicht leugnen. Doch auch auf wirtschaftlichem Gebiete arbeitet sie dem Sozialismus kräftig vor. Artikel 156 proklamiert ausdrücklich das Recht des Reiches, „für die Vervollständigung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum zu übernehmen“. Das Reich kann ferner durch Gesetz wirtschaftliche Unternehmungen zu Zwangsverbänden zusammenfassen und -Erzeugung, Verteilung, Benutzung, Preisgestaltung mit Ein- und Ausschluß der Mitbewerber nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen regeln.“ Artikel 154 stellt die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches. Artikel 163 normiert die Pflicht aller, sich zum Wohl der Allgemeinheit zu betätigen und legt den unerschütterlichen Arbeitssollen den notwendigen Unterhalt zu.

Ran kann auch beim höchsten Willen ohne Vorgesamtlung der offenen, feindlichen Wahrheit nicht liegen, daß das kapitalistische Grundgesetz sind. Allerdings, der Sozialismus wird durch diese Verfassung nicht dekretiert, das ist aber auch nicht der Zweck einer Verfassung. Ein von Verfassungen wegen dekretierter Sozialismus ist weiter nichts als eine leere Deklamation, die an den Tatsachen nichts ändert. Die wirkliche Aufgabe der Verfassung ist es vielmehr, der Gesetzgebung und der Verwaltung alle Wege offenzubehalten, die der Volkswille beforschen kann, also auch den Weg einer sozialistischen Gesetzgebung und Verwaltung. Die neue Reichsverfassung erfüllt diesen Zweck und widerlegt damit die Behauptung ihrer grundsätzlichen Gegner, nur durch ihre gewaltsame Zerstörung sei der Weg zum Sozialismus für die Arbeiterklasse, der Weg zum Sozialismus zu öffnen. Es gibt im Gegenteil in der deutschen Republik keinen anderen Weg zum Sozialismus, als den der Verfassung und der Gesetzgebung aus dem freien Willen des Volkes. Der Weg der

Gewalt bringt dem ganzen nur Anfecht, denjenigen aber, der ihn abhändelt und bemutigt, führt er ins Verderben, und zwar von Rechts wegen. Jeder vernünftige, über das Wesen der Verfassung aufgeklärte Arbeiter wird darum den Anfecht der Gewalt sein Ohr verschließen.

Kaustky zur Sozialisierung.

Kaustky hat sich Karl Kaustky eingehend über die Sozialisierung ausgesprochen und erneut auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die einer überhöhten Sozialisierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen entgegenstehen. Er wendet sich dem aus dem Lande gegen die, welche in der Revolution eine bloße Zugschwendung sehen, weil diese Auffassung eines der größten Hindernisse eines wirklichen und dauernden Sozialismus sei. Sozialisierung ist die Rede sein könnte, wenn es nicht gelinge, zwei große Schichten der heutigen Gesellschaft, nämlich die Intellektuellen und die Bauern, für diese Ziele zu gewinnen oder wenigstens die Gegnerschaft derselben gegen die Sozialisierung zu überwinden. Die Bauern aber könne man nur gewinnen, wenn ihnen die Sozialisierung billiger Preise der industriellen Produkte, die sie kaufen müssen, bringe. Dies aber könne nur auf dem Wege einer möglichst hohen Produktivität der bäuerlichen Wirtschaft erreicht werden. Wenn die Staaten des Westens dies Produktivität der Industriellen einführen, die stets die Produktivität der Bauern als die der sozialisierten Industrie des Westens überlegen, wie soll diese sich gegen jene ohne Zwangsmaßnahmen behaupten, die stets eine schwere ökonomische Belastung bedeuten? Der läßtliche Arbeiter mag für den Sozialismus Opfer bringen, den Bauern macht jedes derartige Opfer, das ihm aufgezwungen wird, zum entchiedenen Gegner sozialistischer Produktion.

Zutreffend sagt Kaustky: Wenn jemand einen hohen, schwer zugänglichen Preisgehalt begehnen will, dann ist er nicht derjenige Führer der beste, der ihn vorberührt, der Weg ist kurz und mühelos. Ein Bauer, der im Vertrauen darauf in Kaufmannsstand übergeht, ohne Produktivität zu steigern, verliert, der wird dem Beispiel nicht nachgehen. Er kann unterwegs verunglücken. Nur derjenige Führer dient ihm, der ihn auf die Schwierigkeiten aufmerksam macht und ihn dadurch veranlaßt, sich für sie auszurüsten. Je weniger wir uns heute den Luxus von Geldlohn für verunglückte Experimente erlauben dürfen, desto notwendiger wird es, jede Sozialisierung genau vorzubereiten. Nichts ist ökonomischer runder als die überhöhten, schablonenhaften Pläne der Sozialisierung, wie sie in Russland und Ungarn vorgenommen wurde.

Auch über den Stillstand läßt sich der Artikel aus Kaustky warnend eindringlich vor überhöhter Belastung des Volkswirtschafts. So viele Folgen derlei auch zeitigen Einnahme und in dem Maße, das Marx gegen ihn ausgesprochen habe, so habe doch Marx auch richtig gefühl, wie ihn innerhalb des Kapitalismus der „größere Spielraum, den der Stillstand der Individualität bietet, dahintreibt, die Persönlichkeit und Dauer, Freiheitgefühl, Selbstständigkeit und Selbstkontrolle der Arbeiter zu entwickeln.“ Durch Einführung des Stillstandes würde sich die Produktivität der sozialisierten Betriebe sehr heben, und sie würden damit ihre Überlegenheit über die kapitalistische Form beweisen. Wenn die Arbeiter die Methoden der Demokratie richtig anwenden, können sie sogar die Waffe des Streiks überflüssig machen. Kaustky schließt seinen Artikel mit folgenden Worten: „Das hat Proletariat die Intellektuellen und die Bauern nicht sich, dann handelt es sich um Kapitalisten nicht zu diktieren. Es wird mit ihnen fertig ohne Diktatur, durch die Methoden der Demokratie. Die Kapitalistenklasse könnte zu einer dem Proletariat gefälligen Macht im Staate nur wieder werden mit Hilfe der Bauern und der Intellektuellen. Von diesen Schichten hängt die nächste Zukunft des Sozialismus ab.“

Die Gewährleistung der Ruderberufung durch Kohlenmangel.

Der Anbau von Zuckerrüben war im Jahre 1918 gegenüber dem Jahre 1913 auf nicht viel mehr als die Hälfte zurückgegangen. Die Zuckerezeugung im Jahre 1918/19 betrug sich auf rund 54 Millionen Zentner Rohzucker, während im Jahre 1918/19 nur 24 Millionen Zentner erzeugt sind. War die Lage der Zuckerewirtschaft im laufenden Jahre aus den mannigfachen Gründen, wie Anlust der Landwirte zu weiterem Auenbau, Mangel an Arbeitskräften, an Gespannen, an Stickstoff- und Phosphorsäure usw., eine sehr gedrückte, so wurde sie noch verärfert durch Schwierigkeiten in der Kohlenbeschaffung, denn es war nicht restlos gelungen, den Rübenverarbeitenden Zuckerrüben die notwendigen geringen Kohlen zu beschaffen, rechtzeitig zuzuführen. Neuerdings verhältnismäßig sich die Lage noch dadurch, daß mit Rücksicht auf die noch ganz mangelhafte, aber sehr wichtige Vorratserzeugung der rübenverarbeitenden Zuckerrüben für die nächste Kampagne eine Sperrung der Kohlenlieferung für die Mehrzahl der Verbrauchsindustrien eintreten mußte. Für das neue Jahr 1919/20 sind die Ausfuhr nachfolgend. Der Auenbau ist weit um rund ein 1/2 zurückgegangen. Größere Ausfälle drohen je nach der Entscheidung in den Abkühlungsgebieten Niederschlags und Witterungs. Auch der verärferte Dingenmangel läßt einen weiteren Rückgang der Ernte erwarten, der noch durch die nicht ausreichende Ernte nach dem geringen Winter verärfert wird. Aus der Zeit auf der heute stehenden Rübenenernte wird der Vorrat der Verarbeitung ein Anfall von höchstens 17 Millionen Zentner Rohzucker = 15 1/2 Millionen Zentner Verbrauchs Zucker zu erwarten sein. Diese verminderte Zuckerezeugung 1919/20 ist aber keineswegs schmerzhaft, denn es ist trotz aller Bemühung bislang nicht gelungen, die rübenverarbeitenden Fabriken auch nur ein-gemäßen mit Kohlen füttern zu bevorzugen, daß sie die verringerten, für sie angebotenen Rübenmengen restlos verarbeiten können. Der Rückgang in der Kohlenbeschaffung, der nach der öffentlichen Erklärung der Reichskommission für die Kohlenverteilung nicht aufgehoben werden kann, ist so groß, daß wenn nicht ganz unvorhergesehene Besserungen der Kohlenlage eintreten, kann mehr als 60 Prozent der auf dem heute stehenden Rüben verarbeitet werden können. Daraus ergibt sich, daß die ohne n zu stark verminderte Erzeugung von Zucker durch den Kohlenmangel weiter so verringert werden würde, daß vieleicht nicht einmal der

Bedarf der Bevölkerung für den unmittelbaren Verbrauch in bisheriger Höhe wird befriedigt werden können. Für Warneide und für sonstigen Brotantrieb, sowie für andere Industrien und für einheimischer Zucker kann zur Verfügung stehen. Dazu kommt, wenn die Verbrauchsindustrien nicht mit Kohlen genügend versorgt werden können, die Vorratshaltung der Bevölkerung bei Braunkohle statt des gewöhnlichen Weichens zuzustellen.

Angenommen und Widerspruch.

Die allgemeine Kohlennot bedroht auch die Ruderberufung des deutschen Volkes in hohem Grade. Die Ruderer müssen bekanntlich durch Verarbeitung in manchen Betrieben, wie Grauben- und Grubenmühlen, Teilwarenfabriken usw. hergestellt werden; dabei ist man auf die größeren leistungsfähigen Betriebe angewiesen, die mit Maschinen arbeiten. So kann man auf der Graubenherstellung nicht auf Windmühlen zurückgreifen, und Werke, die mit Wasserkraft betrieben werden, stehen längst nicht so viel zur Verfügung, wie es benötigt werden. Ueber die Rudererleistungen, welche notwendig sind, gibt nachstehende Tabelle Auskunft. Es wurden zur Rudererleistung für das neue Winterjahr angefordert:

	insgesamt in 1000 t	pro Monat in 1000 t
Teilwaren	140	11
Reis und Zwieback	21	1,8
Getreide	120	10
Hofenermittel	200	17
Graupen	240	20
Kindergerstemehl	15	1,2
Astroffelsack u. Graupen	15	1,2

Da im vorigen Jahre die Aufrechterhaltung der Ernährung der Bevölkerung nur mit Hilfe der Rudererleistungen möglich war, muß das Ausbleiben von Kohlen für die Rudererbetriebe geradezu katastrophal auf diesen wichtigen Zweig der Lebensmittelversorgung wirken. Es muß daher unter allen Umständen, auch im Interesse der Ernährungsfrage angekreht werden, die Kohlenförderung zu heben.

Diktatur gegen Diktatur.

In einer Versammlung der Arbeiterseite von Groß-Berlin äußerte Genosse Erwin Barth, die Diktatur der Arbeiterklasse über der ältesten Diktatur könne nur durch eine „Diktatur der Mitte“ begegnet werden. Im Wortlaut, in dessen Redaktion Erwin Barth ist, hat er dann den Gedanken in einem Artikel weitergeprochen. Als Träger der Diktatur der Mitte betrachtet Barth die Sozialdemokratie, die den Wiedereaufbau der Wirtschaft zu führen und eine Ordnung zu schaffen hat, in deren Rahmen, auf den Wegen der Demokratie, der Sozialismus verwirklicht werden kann. Barth sprach auch von sozialistischem Sozialismus, durch die richtige Weg zur Zukunft zu führen ist. — Die unabhängige Presse behauptet fälschlich, daraus ergebe sich, daß die Sozialdemokratie sich mit der Reaktion verbinden wolle, um den Kampf gegen die „revolutionäre Arbeiterklasse“ aufzunehmen.

Es stimmt immer better, wenn die seligen Schwadronen der Unabhängigen an ihre revolutionäre Courage erinnern. Vor einer Revolution der Unabhängigen hat auch der Sozialist die Pflicht, sich an der „Mitte“ begeben zu werden. In dem Maße, in dem die Reaktion sich aus lauter Stolz, in Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die Regierung jeden Versuch, mich er kommen, möge er wolle, unter schwergedrücktes Volk nicht zur inneren Ruhe kommen zu lassen, mit den härtesten Mitteln entgegenzusetzen sich entschließen ist. Das deutsche Volk hat jetzt mehr Zeit, noch Geld, noch überflüssige Kraft, als je es politische oder wirtschaftliche Experimente wie in Russland oder Ungarn unternemen dürfte. Die neue Reichsverfassung gibt jedem die Möglichkeit für seine Auffassungen frei zu werden. Wer die Gewalt einer Minorität aufstehen will, hat damit zu rechnen, daß der Volkswille der Mehrheit ihn ganz nachdrücklich daran erinnert, daß in der Demokratie nur der Mehrheitswille, und es ganz allein, die Entscheidung zu treffen hat. Jede Diktatur, die von dem Boden der Demokratie abweicht, würde eine Diktatur der Mitte hervorufen und an ihr geschehen.

Sindenburg als Reichspräsident.

Die Deutsche Volkspartei, wie sich jetzt die Nationalliberalen etikettieren, hat den Maximal Sindenburg als ihren Kandidaten für die nächste Reichspräsidentenwahl aufgestellt. Es haben es damit recht eilig gehabt; denn der Termin für die Wahl ist noch gar nicht abgesehen.

Die Deutsche Volkspartei ahmt bei ihrem Vorgehen den französischen Reaktionen nach, die von 1873-79 mit dem Maximal MacMahon dasselbe Spiel verlustet, obwohl er zu den geschlagenen Generalen von 1870 gehörte. 1889 war er in Italien bei Magenta freigegeben, und Napoleon III. hätte ihn dafür noch auf dem Schlachtfeld zum Herzog ernannt. Als 1870 Thiers gekürzt worden war, gelang es den Monarchisten, ihn zum Präsidenten der Republik zu machen. MacMahon brachte durch Begünstigung der monarchistischen Intrigen die Republik mehrmals an den Rand des Bürgerkrieges. 1876 kam MacMahon mit dem Ministerpräsidenten Jules Simon in feindlichen Streit, weil letzterer nicht darauf einging, einen Krieg gegen Italien zugunsten des Papstes vorzubereiten. Jules Simon trat zurück, und MacMahon ernannte eine monarchistisch gezeichnete Regierung, die von der Kammer ein plattes Mißtrauensvotum erhielt. MacMahon löste zwar nun die Kammer auf, aber es fehlte eine republikanische Mehrheit zurück und MacMahon mußte eine republikanische Regierung einsehen. 1879 trat er dann als Präsident zurück.

Auch seine Freunde urteilten, er sei zwar ein tüchtiger General, aber zu feige, auch als Politiker alles um militärischen Standpunkte ans zu.

Das deutsche Volk wird seine Meinung prüfen, das damals in Frankreich mißglückte Beispiel nachahmen. Sindenburg hat nie ein Geißel daraus gemacht, daß er zum Soldat ist. Und als er sich 1917, zur Zeit der Kämpfe bei Verdun, in die Politik einmischte, hat er sofort gezeigt, daß er von diesem Gebiete nichts versteht.

Der „unabhängige“ Geschäftsman.

Der Mitinhaber der Bankfirma Roloff u. S. o. S. ist der unabhängige Kandidat für die Reichspräsidentenwahl. Die Deutsche Tageszeitung kürzlich angenommen hat. Natürlich konnte sich das alldeutsche Organ einige Entschuldigungen nicht verkneifen, doch ist diese Angelegenheit zu ausführlich, als daß wir sie unseren Lesern vorhalten könnten. Nachdem die Firma Roloff u. S. o. S.

